

(Bezeichnung und Benennung des Schulsprengels/der Mittelschule einfügen)

Prot. Nr. _____

Vereinbarung

zur Durchführung des Projektes „Mehrtägige Betriebserkundungen“ zur Orientierung der Schülerinnen und Schüler der Mittelschule für die weitere Schul- und Berufswahl

zwischen

dem Schulsprengel/der Mittelschule

_____, (Steuernummer

_____), mit Sitz in _____,

_____, rechtmäßig vertreten durch die Schulführungskraft,

Frau/Herrn _____, geboren am _____

in _____,

und

dem Betrieb oder der Einrichtung _____,

(Mehrwertsteuernummer _____), mit Sitz in _____,

_____, rechtmäßig vertreten durch dessen gesetzliche

Vertreterin/dessen gesetzlichen Vertreter, Frau/Herrn

_____, geboren am _____

_____ in _____.

Die oben genannten Vertragsparteien nehmen Einsicht in:

- das Landesgesetz vom 29. Juni 2000, Nr. 12, über die Autonomie der Schulen,

- das Landesgesetz vom 16. Juli 2008, Nr. 5, über die allgemeinen Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe,
- den Beschluss der Landesregierung vom 16. März 2009, Nr. 755, über die Richtlinien für die Durchführung von mehrtägigen Betriebserkundungen und Praktika an den deutschsprachigen und ladinischen Mittel- und Oberschulen, und schicken Folgendes voraus:
- Gemäß Landesgesetz Nr. 5/2008 (Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe) gewährleistet die Schule für alle Schülerinnen und Schüler das Bildungsrecht und die Bildungspflicht für mindestens zwölf Jahre und jedenfalls bis zur Erlangung einer mindestens dreijährigen beruflichen Qualifikation innerhalb des achtzehnten Lebensjahres.
- Laut Landesgesetz Nr. 5/2008 gehören zu den institutionellen Aufgaben der Mittelschule auch:
 - die Hilfestellung der Schülerinnen und Schüler bei der Bildungsorientierung und
 - die Begleitung bei deren schulischer Entwicklung in Hinblick auf die spätere Schul- und Berufswahl.
- Die Schule setzt zu diesem Zweck für die Schülerinnen oder Schüler der Mittelschule Maßnahmen zur Fortsetzung der Unterrichts- und Bildungstätigkeiten der Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe und schafft schulische Angebote zur Individualisierung der Lernwege und Bildungspläne.
- Der Schulrat hat das Schulprogramm mit Beschluss vom _____, Nr. _____ genehmigt. Darin ist auch das Projekt „Mehrtägige Betriebserkundungen“ für die Schülerinnen und Schüler der Mittelschule verankert, das in Zusammenarbeit zwischen der Schule, einem Betrieb oder

einer Einrichtung sowie dem Elternhaus durchgeführt wird. Das Schulprogramm legt auch die allgemeinen Richtlinien und die organisatorisch-didaktischen Aspekte des Projekts fest.

- Das Projekt „Mehrtägige Betriebserkundungen“ stellt eine dem Unterricht gleichgestellte Tätigkeit dar, die Teil des personenbezogenen Lernplans und der Schullaufbahn der Schülerin/des Schülers ist. Während des genannten Projekts bleibt die Schülerin/der Schüler in der Herkunftsschule eingeschrieben; mit dem beteiligten Betrieb oder der beteiligten Einrichtung wird kein Arbeitsverhältnis begründet.
- Das Lehrerkollegium hat die Kriterien für die Berücksichtigung des Projekts „Mehrtägige Betriebserkundungen“ in der Bewertung der Schülerinnen/Schüler festgelegt.
- Die Schülerin/Der Schüler _____ wurde vom Klassenrat, auch unter Berücksichtigung des Wunsches und der Neigungen der Schülerin/des Schülers, dem Betrieb _____ zugeteilt.
- Auf Vorschlag des Klassenrates hat die Schulführungskraft mit Schreiben vom _____ Frau/Herrn _____ als schulinterne Tutorin/schulinterner Tutor ernannt.
- Der Betrieb oder die Einrichtung hat dem Schulsprengel/der Mittelschule mit dem Schreiben vom _____ sein Einverständnis zur Abwicklung des genannten Projekts gegeben und Frau/Herrn _____ als (Betriebs-)Tutorin/(Betriebs-)Tutor ernannt.
- Frau/Herr _____, Erziehungsberechtigte/Erziehungsberechtigter der Schülerin/des Schülers _____, die Schülerin/der Schüler selbst

sowie die Lehrpersonen sind mit Mitteilung vom _____ über das erwähnte Projekt informiert worden.

- Die/Der Erziehungsberechtigte hat schriftlich ihr/sein Einverständnis zur Durchführung und zu den Modalitäten des Projekts „Mehrtägige Betriebserkundungen“ gegeben und hat sich mit den damit verbundenen Pflichten einverstanden erklärt.

Dies alles vorausgeschickt, schließen die Vertragspartner folgende Vereinbarung ab:

Art. 1

Gegenstand und Zielsetzung

1. Die vorliegende Vereinbarung zwischen dem Schulsprengel/der Mittelschule _____ und dem Betrieb oder der Einrichtung _____ (in der Folge „Betrieb“ oder „Einrichtung“ genannt) hat die Durchführung des Projektes „Mehrtägige Betriebserkundungen“ (in der Folge „Projekt“ genannt) zugunsten der Schülerin/des Schülers _____ (in der Folge „Schülerin/Schüler“ genannt) zum Gegenstand.
2. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine praxisnahe Initiative, die das Ziel verfolgt, der Schülerin/dem Schüler der Mittelschule die Orientierung zur weiteren Schul- und Berufswahl zu erleichtern und sie/ihn darin zu fördern und zu unterstützen. Die Schülerin/Der Schüler erhält dadurch die Möglichkeit, vor Beendigung der Unterstufe einen Einblick in die verschiedenen Berufe zu gewinnen.

Art. 2

Abwicklung des Projekts

1. Der Schulsprengel/Die Mittelschule ist gemeinsam mit dem Betrieb oder der Einrichtung Trägerin/Träger des Projekts. Die Schule übt die Gesamtkoordination des Projekts aus.

2. Das Projekt findet während der Unterrichtszeit statt und dauert von _____ bis _____.

Die effektive Anwesenheit der Schülerin/des Schülers im Betrieb oder in der Einrichtung wird unter Berücksichtigung der (Betriebs-)Öffnungszeiten in Absprache zwischen dem Schulsprengel/der Mittelschule, den Eltern und dem Betrieb oder der Einrichtung, wie folgt festgelegt:

Am _____ von _____ bis _____ Uhr Ort _____

von _____ bis _____ Uhr Ort _____

Am _____ von _____ bis _____ Uhr Ort _____

von _____ bis _____ Uhr Ort _____

Am _____ von _____ bis _____ Uhr Ort _____

von _____ bis _____ Uhr Ort _____

Am _____ von _____ bis _____ Uhr Ort _____

von _____ bis _____ Uhr Ort _____

Am _____ von _____ bis _____ Uhr Ort _____

von _____ bis _____ Uhr Ort _____

Am _____ von _____ bis _____ Uhr Ort _____

von _____ bis _____ Uhr Ort _____

Der vereinbarte Stundenplan kann bei Bedarf und in Absprache zwischen den Vertragspartnern und den Erziehungsberechtigten der Schülerin/des Schülers abgeändert werden. Der Betrieb oder die Einrichtung überprüft die Anwesenheitszeiten der Schülerin/des Schülers und übermittelt dem Schulsprengel/der Mittelschule die entsprechende Dokumentation am Ende des Projekts.

3. Die Schülerin/Der Schüler wird im Rahmen des Projekts von Frau/Herrn _____ als schulinterne Tutorin/schulinternem Tutor betreut, welche/welcher die notwendigen Kontakte zum Betrieb oder zur Einrichtung pflegt.

4. Der Betrieb oder die Einrichtung übernimmt für die Dauer der Anwesenheit der Schülerin/des Schülers im Betrieb oder in der Einrichtung (einschließlich Pausen) die Verantwortung und Aufsicht für sie/ihn und stellt ihr/ihm Frau/Herrn _____ als (Betriebs-)Tutorin/(Betriebs-)Tutor zur Verfügung, welche/welcher die nötige fachliche Qualifikation aufweist und folgende Aufgaben hat:

- a) Sie/Er beaufsichtigt und betreut die Schülerin/den Schüler,
- b) sie/er gibt ihr/ihm Anweisungen und achtet auf deren/dessen Sicherheit,
- c) sie/er erlaubt der Schülerin/dem Schüler unter ihrer/seiner Anleitung und Begleitung einfache Handreichungen, praktische Übungen und Aufgaben auszuführen, die deren/dessen Entwicklung entsprechen und auf die Orientierung für die weitere Schul- und Berufswahl abzielen,
- d) sie/er erklärt ihr/ihm die Tätigkeiten des jeweiligen Berufs schülergerecht, damit sie/er einen Einblick in die betrieblichen Arbeitsabläufe und Tätigkeiten erhält.

Die Schülerin/Der Schüler darf Arbeitstätigkeiten ausschließlich zu Übungszwecken ausführen. Die Schülerin/Der Schüler ist verpflichtet, sich an die Anweisungen des Betriebs oder der Einrichtung, insbesondere der (Betriebs-)Tutorin/des (Betriebs-)Tutors, zu halten. Die Schülerin/Der Schüler hält sich weiters an die hygienischen und sanitären Vorschriften sowie jene im Bereich der Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes, die ihr/ihm der Betrieb oder die Einrichtung erklärt.

5. Während des Projekts bleibt die Schülerin/der Schüler in der Herkunftsschule eingeschrieben; mit dem beteiligten Betrieb oder der beteiligten Einrichtung wird kein Arbeitsverhältnis begründet.

6. Die Schülerin/Der Schüler ist während der gesamten Dauer des Projekts durch die Schülerunfallversicherung des Landes versichert. Die vom Land für alle Schülerinnen/Schüler beim Nationalen Versicherungsinstitut für Arbeitsunfälle (I.N.A.I.L.) abgeschlossene Pflichtunfallversicherung deckt weiters Unfälle der Schülerin/des Schülers beim Umgang mit elektrischen Geräten und bei praktischen Übungen ab. Im Falle eines Unfalls benachrichtigt der Betrieb oder die Einrichtung, bei dem oder der das Projekt durchgeführt wird, umgehend die Schule, damit die entsprechenden Meldungen an die Versicherungsgesellschaft der Schülerunfallversicherung des Landes bzw. an das Nationale Versicherungsinstitut für Arbeitsunfälle (I.N.A.I.L.) termingerecht erfolgen können.

7. Die Landesverwaltung übernimmt die Lasten für die Schäden an Dritten, welche die Schülerin/der Schüler während des Projekts verursacht, und behält sich das Recht vor, sich an ihr/ihm selbst bzw. an deren/dessen Eltern schadlos zu halten.

8. Für den Hin- und Rücktransport zum bzw. vom Betrieb oder zur bzw. von der Einrichtung (bitte Zutreffendes ankreuzen):

- ☐ nutzt die Schülerin/der Schüler die Schülerbeförderungsdienste des Landes,
- ☐ sorgen die Eltern der Schülerin/des Schülers.

9. Falls der Betrieb oder die Einrichtung nicht auf eigene Kosten für die Verpflegung der Schülerin/des Schülers aufkommt, beansprucht diese/dieser für eine Hauptmahlzeit einschließlich einer Beilage und eines Getränks pro Tag (bitte Zutreffendes ankreuzen):

- ☐ die (Betriebs-)Mensa, welche einen entsprechenden Beleg ausstellt,
- ☐ einen Schank- oder Speisebetrieb.

Nach Vorlage der originalen Belege durch die Schülerin/den Schüler berechnet die Schule den Differenzbetrag zwischen dem Beleg und dem von der Gemeinde festgelegten Elternbeitrag für den Schülerausspeisungsdienst, der in jedem Fall zu Lasten der Eltern geht, und erstattet der Schülerin/dem Schüler über den Haushalt einen Höchstbetrag von 6,00 € je Mahlzeit zurück (*für die Anpassung dieses Betrages ist die Kontaktaufnahme mit dem Amt für Schulfürsorge erforderlich*).

10. Die Schule berücksichtigt die von der Schülerin/vom Schüler während des Projekts gesammelten Erfahrungen in der Bewertung im Rahmen der vom Lehrerkollegium festgelegten Kriterien. Zu diesem Zweck füllen die (Betriebs-)Tutorin/der (Betriebs-)Tutor, die schulinterne Tutorin/der schulinterne Tutor und die Schülerin/der Schüler einen Rückmeldebogen aus.

Art. 3

Mitteilung gemäß Datenschutzgesetz (Legislativdekret Nr. 196/2003)

1. Rechtsinhaber der Daten ist der Schulsprengel/die Mittelschule. Die übermittelten Daten werden vom Schulsprengel/von der Mittelschule, auch in elektronischer Form, für die Abwicklung des Projekts und die damit zusammenhängenden Bildungs-, Orientierungs- und Verwaltungsmaßnahmen verarbeitet. Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist _____ (Anführen, falls in der Schule eine Verantwortliche oder ein Verantwortlicher ernannt worden ist.). Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die mit dem Projekt zusammenhängenden Tätigkeiten abwickeln zu können.
2. Die Betroffenen erhalten auf Anfrage gemäß Artikel 7 - 10 des Legislativdekrets Nr. 196/2003 Zugang zu ihren Daten, Auszüge und Auskunft darüber und können deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung verlangen, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.
3. Für die Durchführung des Projekts und die damit verbundenen Tätigkeiten werden die gesetzliche Vertreterin/der gesetzliche Vertreter des Betriebs oder der Einrichtung, Herr/Frau _____, und die (Betriebs-)Tutorin/der (Betriebs-)Tutor, Herr/Frau _____, im Sinne von Artikel 30 des Legislativdekretes vom 30. Juni 2003, Nr. 196 („Datenschutzkodex“) als Beauftragter/Beauftragte für die Verarbeitung von Daten der Schule ernannt. Dabei müssen die beiliegenden Hinweise zur Datenverarbeitung beachtet werden.

Art. 4

Schlussbestimmungen

1. Die vorliegende Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch die Vertragspartner in Kraft und gilt nur für den Zeitraum des Projekts.

2. Jede Vertragspartei kann einseitig bei Vorliegen eines triftigen Grundes von der Vereinbarung zurücktreten.
3. Die vorliegende Vereinbarung unterliegt im Sinne von Art. 5 des D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 642, der Stempelsteuer im Ausmaß von 14,62 Euro je hundert Zeilen und für jeden Bruchteil von hundert Zeilen.
4. Die vorliegende Vereinbarung wird gemäß Artikel 10 des Teils II des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 26. April 1986, Nr. 131, lediglich im Falle des Gebrauchs registriert.

_____, den _____

Unterschriften der Vertragspartner

Die Schulführungskraft

(Name einfügen)

Die gesetzliche Vertreterin/Der gesetzliche Vertreter des Betriebs oder der
Einrichtung

(Name einfügen)

Anlage zur Vereinbarung Projekt „Mehrtägige Betriebserkundungen“

Hinweise zur Verarbeitung von Daten durch
Beauftragte

Der bzw. die Beauftragte für die Datenverarbeitung ist verpflichtet, sich an die Bestimmungen für den Zugang zu Verwaltungsdokumenten (Landesgesetz Nr. 17/1993 und die entsprechende Durchführungsverordnung, d.h. Dekret des Landeshauptmanns Nr. 21/1994) sowie an das gesetzvertretende Dekret Nr. 196/2003 zum Schutz der personenbezogenen Daten zu halten. Er bzw. sie muss die vom Rechtsinhaber vorgesehenen Schutzmaßnahmen ergreifen.

- Der bzw. die Beauftragte für die Datenverarbeitung ist berechtigt, alle personenbezogenen Daten zu verarbeiten, mit denen er bzw. sie in Ausübung der ihm oder ihr zustehenden Tätigkeit in Berührung kommt, insbesondere auch Daten, die in Datenbanken, auch fragmentarischen Archiven auf Papierträgern und Speichern der Computer enthalten sind sowie unter Einhaltung der folgenden Prinzipien erhoben worden sind:
- Vertraulichkeit: Die Pflicht zur **Geheimhaltung** der Informationen, in deren Kenntnis der bzw. die Beauftragte für die Datenverarbeitung im Laufe seines oder ihres Auftrags gelangt ist, dauert auf jeden Fall auch nach der Beendigung des Auftrages an (Artikel 326 des Strafgesetzbuchs und Artikel 28 des Gesetzes Nr. 241/90).
- Auftrag: Im Sinne des Artikels 30 des Datenschutzkodexes untersteht der bzw. die Beauftragte für die Datenverarbeitung direkt dem Rechtsinhaber (oder dem bzw. der Verantwortlichen, sofern namhaft gemacht); er bzw. sie muss die Verarbeitung der personenbezogenen Daten, zu denen er oder sie Zugang hat, nach den erteilten Weisungen vornehmen.

- Zweck der Verarbeitung: Im Sinne des Artikels 18 des Datenschutzkodexes ist die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Beauftragten oder die Beauftragte nur für die Abwicklung von **institutionellen Aufgaben** zulässig.
- Vorgehensweise für die Verarbeitung der Daten: Die Verarbeitung kann von Hand, mit elektronischen Mitteln, per Fernübertragung oder anderen Datenträgern vorgenommen werden. Im Sinne des Artikels 11 des Datenschutzkodexes muss die Verarbeitung nach dem Prinzip der **Zugehörigkeit und Unentbehrlichkeit** hinsichtlich des Zweckes der Datenverarbeitung erfolgen. Aus diesem Grunde ist nur die Erhebung jener personenbezogenen Daten zulässig, die für die vom bzw. von der Betroffenen verlangten Zwecke unbedingt erforderlich sind. Es wird daran erinnert, dass vor jeder Datenerhebung dem bzw. der Betroffenen gemäß Artikel 13 und 22 des Datenschutzkodexes die entsprechende Information über die Datenverarbeitung erteilt werden muss. Im Falle von Dokumenten, die sensible oder Gerichtsdaten enthalten, muss dabei ausdrücklich auf die Bestimmung hingewiesen werden, in der die Pflichten und Aufgaben festgelegt sind, auf deren Grundlage die Datenverarbeitung erfolgt. Die Daten müssen **nach Treu und Glauben** und korrekt verarbeitet werden. Sie müssen **sachlich richtig und aktuell** sein.
- Übermittlung von Daten: Gemäß Artikel 19 des Datenschutzkodexes ist die Übermittlung von Daten an andere öffentliche Rechtsträger nur zulässig, wenn sie von einer Gesetzesvorschrift oder einer Verordnung vorgesehen ist. Fehlt eine solche Bestimmung, so ist die Übermittlung nach Mitteilung an die Datenschutzbehörde und Abwarten deren Zustimmung oder des

stillschweigenden Einverständnisses nach 45 Tagen zulässig. Die Datenschutzbehörde kann die Übermittlung jedoch auch durch eine nachträgliche Maßnahme sperren.

Zusätzlich zu den oben genannten Hinweisen hat der bzw. die Beauftragte für die Datenverarbeitung folgende Anweisungen für die Verarbeitung von sensiblen oder Gerichtsdaten zu befolgen:

- Vorgehensweise für die Verarbeitung von sensiblen Daten oder Gerichtsdaten:
Unbeschadet der Anwendung der auf dem Gebiet der Verarbeitung von sensiblen Daten und Gerichtsdaten geltenden Bestimmungen und der vom Rechtsinhaber und vom bzw. von der Verantwortlichen für die Datenverarbeitung erteilten Weisungen, müssen die **ausgedruckten** Dokumente sowie die Träger, die sensible Daten oder Gerichtsdaten enthalten, in verschließbaren Möbeln aufbewahrt werden und dürfen in Abwesenheit des oder der Beauftragten nicht unbeaufsichtigt gelassen werden.
- Sensible Daten und Gerichtsdaten in **Verzeichnissen, Registern und Datenbanken, die mit Hilfe elektronischer Mittel verwaltet werden**, müssen mit Chiffriertechniken, Identifizierungscodes oder anderen Verfahren verarbeitet werden, durch welche diese Daten zeitweilig auch für jene, denen der Zugriff erlaubt ist, unverständlich gemacht werden und die betroffenen Personen nur im Bedarfsfall identifizierbar sind.
- Verarbeitung von Daten, die Aufschluss über die Gesundheit geben: Daten, die Aufschluss über die Gesundheit und das Sexualleben geben, müssen **getrennt von anderen personenbezogenen Daten in abschließbaren Behältern** aufbewahrt werden, sofern sie nicht auf elektronischen Datenträgern enthalten

sind, für die Chiffriertechniken oder Lösungen vorgesehen sind, mit denen diese Daten zeitweilig unverständlich gemacht werden.

- Verbot der Verbreitung: Personenbezogene Daten, die Aufschluss über den Gesundheitszustand geben, **dürfen nicht** verbreitet werden.